

SED bezahlt den Warschauer Vertrag

Polen verhinderten Militärbündnis mit der KVP

Der Abschluß des Warschauer Vertrages, mit dem die Ostblockstaaten einen seit Jahren bestehenden Zustand bekräftigen, hat als einziges Novum eine große Enttäuschung für die SED mit sich gebracht. Was man in Pankow bis zum letzten Augenblick nicht wahrhaben wollte, ist geschehen: Polen hat die Legalisierung der Kasernierten Volkspolizei als gleichberechtigte Militärmacht abgelehnt! Offiziell wurde diese Ablehnung damit begründet, daß man einer künftigen gesamtdeutschen Regelung nicht vorgreifen will. Es werde daher „zu einem späteren Zeitpunkt“ ein entsprechendes Militärabkommen fixiert. Inoffiziell haben die Sowjets den Polen zugesichert, daß auch dann keine Anerkennung der Kasernierten Volkspolizei erfolgen wird. Vielmehr solle die Sowjetzone die in Warschau zugesagte militärische Hilfe durch wirtschaftliche Anstrengungen kompensieren.

Das heißt: 1. Pankow erhält nicht die schnellst erwartete Wirtschaftshilfe, mit der sie den in den letzten drei Monaten enorm angewachsenen KVP-Apparat wirtschaftlich stützen und die durch die Militarisierung leer gewordenen Staatsreserven auffüllen kann, 2. die sowjetzonale Schwerindustrie muß für die Zusage einer eventuellen militärischen Unterstützung durch die Ostblockstaaten an diese Länder einen derart hohen Preis zahlen, daß es ihr unmöglich wird, selbst den derzeit niedrigen Stand der Versorgung mit Industriegütern aufrechtzuerhalten.

Polens Bedingungen

Die polnische Weigerung resultiert aus dem Ergebnis mehrerer Untersuchungen über die personelle Zusammensetzung des Führerkorps der Kasernierten Volkspolizei. Dabei hat sich herausgestellt, daß heute in der KVP vielfach Offiziere tätig sind, die Besatzungsfunktionen im ehemaligen polnischen „Generalgouvernement“ ausübten.

So sind z. B. ein stellvertretender Stadtkommandant von Lemberg und mehrere Mitglieder der Warschauer Kommandantur heute Stabsoffiziere der sowjetzonalen Armee.

Vertreter der polnischen Re-

gierung und des Zentralkomitees der KP Polens haben daher bereits im Januar konkrete Bedingungen für die Aufstellung und Ausrüstung des sowjetzonalen Kontingents innerhalb einer koordinierten Ostblock-Streitmacht gestellt.

Dabei wurde u. a. ein Einspruchsrecht Polens gegen die Verwendung von ehemals in Polen eingesetzten Wehrmachts-offizieren angemeldet, das in der Praxis der Kasernierten Volkspolizei überhaupt nicht zu berücksichtigen ist. Desgleichen sollte die Stärke der an der Oder-Neiße-Linie eingesetzten KVP-Truppen zuvor von einer polnischen Kommission geprüft und gebilligt werden.

Über den erst nach Festlegung der Oder-Neiße-Grenze abgetrennten Hafen Stettin sollten Verhandlungen innerhalb des Ostblocks nur ohne Stimmrecht der Sowjetzone abgehalten werden. Die Polen beabsichtigen, die unumgängliche Mitbenutzung des Stettiner Freihafens durch sowjetzonale Schiffe so teuer wie möglich zu verkaufen.

Diese Bedingungen, zusammen mit dem Bestreben der Sowjets, die Ost-NATO möglichst deutlich dem Westen gegenüber als Tauschobjekt zu präsentieren, haben dazu geführt, daß die

SED nun keinen ihrer Vertreter in das gemeinsame Oberkommando der Ostblockstreitkräfte entsenden wird. Andererseits können aber diese Staaten jederzeit die sowjetzonale Militärmacht — wenn auch nur als untergeordnete Infanterie — im Rahmen ihrer eigenen Pläne verwenden.

Wer bezahlt tatsächlich?

So ist die SED zum Verlierer von Warschau geworden. Sie bezahlt ihre formelle Aufnahme in die „Ostblock-NATO“ mit einem unverhältnismäßig hohen Preis.

Die Grundlage der sowjetzonalen Produktion ist das Potential einiger schwerindustrieller Betriebe, die Stahl und Energie zu liefern haben. Diese Betriebe werden jetzt als „verteidigungswichtig“ der Kontrolle von Ostblock-Kommissionen unterstellt.

Das heißt: Es besteht für die Zonenbevölkerung wenig Aussicht, innerhalb des nächsten Jahres auch nur zu einer geringfügigen Verbesserung in Lebenshaltung und Versorgung zu kommen.

Das Versprechen einer eventuellen Ostblock-Gleichberechtigung wurde teuer erkauft. Die am Sonntagvormorgen zurückgekehrte SED-Regierungsdelegation kam um manche Hoffnung ärmer wieder. Für die Bevölkerung der Zone allerdings bedeutet das trotz aller wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die sich ergeben werden, ein Gutes: Die Sowjetzone ist zwar weitgehend an den Ostblock gekettet worden, aber doch nicht so weitgehend wie die SED es wünschte. Jede Nuance, um die die Zone vom Status der Volksdemokratie entfernt bleibt, und sei sie noch so klein, ist ein Gewinn. Insofern ist die SED diesmal doppelter Verlierer,

Vieles gerät in Bewegung

DT. Man muß es der sowjetischen Diplomatie neidlos lassen, daß sie sich auf effektvolle Überraschungen versteht. Eine folgte in den letzten Wochen der anderen. Die vorläufig letzte und vielleicht interessanteste brachte uns die Meldung aus Moskau, daß die Elite der sowjetischen Führung, an ihrer Spitze Chruschtschow und Bulganin, dem jugoslawischen Staatspräsidenten Tito Ende Mai einen Staatsbesuch machen wird.

Gewisse Zeichen der Entspannung zwischen Moskau und Belgrad waren in den letzten Monaten auf beiden Seiten sichtbar geworden. Eine unmittelbare Vorbereitung der neuen Wendung lag in der vor acht Tagen erfolgten Äußerungen maßgebender sowjetischer Persönlichkeiten, die in bemerkenswert herzlichen Worten dem Wunsch nach Wiederherstellung freundschaftlicher Beziehungen zu Jugoslawien Ausdruck gaben.

Gang nach Canossa

Canossa liegt nicht immer in Italien, sondern überall dort, wo ein Mächtiger mit geschicktem politischem Schachzug höherer Interessen wegen um Vergeltung früherer Sünden anhält. Dieses Mal liegt Canossa in Jugoslawien und heißt Belgrad.

Dort also werden die Mächtigen des Kremles ihren Frieden mit Tito machen, von dessen Namen eines der schlimmsten antikommunistischen Verbrechen abgeleitet worden ist: der Titoismus. Dieses Verbrechen bestand in der Anschauung, daß ein Land kommunistisch sein könne, ohne daß seine souveräne Freiheit in den Fesseln Moskaus erstickt werden müsse.

Nun müssen sie alle wieder umlernen — von Moskau bis Pankow. Der Titoismus bleibt zwar wahrscheinlich noch eine Abweichung von der orthodoxen Linie des sowjetischen Kommunismus, aber man wird ihn nicht mehr beschimpfen dürfen: Als organisiertes System eines fremden Staates ist er im Kreml wieder hoffähig geworden.

Das ist eine Wandlung, die

eine für das sowjetische Satellitensystem nicht ungefährliche Seiten hat. In den volksdemokratischen Ländern, die ohnehin mit einem gewissen Neid nach Tito blickten, kann nämlich jetzt erst recht das Gefühl aufkommen, daß der Titoismus gar nicht so schlecht ist, daß er eine sehr vernünftige „Abweichung“ darstellt — weil es offenbar bekömmlicher ist, vom Kreml umworben als abtrünnige Volksdemokratie in Freiheit zu leben, statt mit Linientreue an der Kette Moskaus zu liegen.

Alles zielt auf Deutschland

Noch eine andere Folgerung ergibt sich aus dem neuen Akt des Kremles, die vor allem in Pankow einige Bedrückung auslösen wird. Daß sie dort nun wieder umlernen müssen, das haben sie schon so oft geübt, daß ihnen das keine Beschwerde mehr verursacht.

Weniger erträglich dürfte den kommunistischen Machthabern der Zone jedoch die Einsicht sein, daß Moskau mit der gleichen kalten Berechnung seiner Interessen, mit der es einen Geächteten wieder zum Freunde macht, auch Freunde fallen läßt, wenn sie der Wahrung vitaler sowjetischer Interessen im Wege stehen. Diese Stunde schlägt für Pankow so sicher, wie jetzt für Moskau und Tito die Stunde der Versöhnung geschlagen hat.

Die neuerwachte sowjetische Neigung zu Jugoslawien hat nämlich in dem gegenwärtigen diplomatischen Spiel Moskaus einen ganz bestimmten Platz. Sie liegt auf der gleichen Linie wie der Abschluß des österreichischen Staatsvertrages und andere Überraschungen der letzten Zeit.

Man muß hier einmal die Karte Europas ansehen. Im Vorgelände des die Satelliten einschließenden sowjetischen Machtbereichs liegen an der Nordflanke das durch Verträge und mehr noch durch unmittelbare Nachbarschaft gebundene Finnland sowie das neutrale Schweden. An der Südflanke, nördlich von Griechenland als dem südlichen Eckpfeiler der atlantischen Gemeinschaft beginnend, um dessen blutige Eroberung Moskau vor Jahren so heiß bemüht war, bilden das hörige Albanien, Jugoslawien und nun auch das neutrale öster-

reich einen Landgürtel, der dem Ostblock in einer Länge von über 1000 Kilometer vorgelagert ist. Zwischen diesen beiden Flanken aber liegt mit einer nordsüdlichen Ausdehnung von gleichfalls rund 1000 Kilometer die Bundesrepublik.

Man braucht nur dieses Bild der Landkarte zu betrachten, um zu erkennen, wie alles das, was Moskau heute diplomatisch unternimmt und künftig unternehmen wird, auf die Lösung des Deutschlandproblems im Sinne der Interessen Moskaus zielt, — seiner Sicherheitsinteressen vor allem.

Auch in diesem Raum wird Moskau wahrscheinlich der unmittelbaren Berührung mit der durch die Bundesrepublik ostwärts erweiterten atlantischen Gemeinschaft ein wiedervereinigtes Deutschland als neutralisiertes Vorgelände vorziehen. Wenn es diese Lösung erreichen könnte, dann wäre ihm Pankow wahrscheinlich keinen Pfäfferling mehr wert.

Auflockerung der Fronten

Wir sehen keinen Grund, die dem österreichischen Staatsvertrag folgende Normalisierung auch der sowjetisch-jugoslawischen Beziehungen nicht zu begrüßen. Wir halten jede Entspannung an bisher kritischen Punkten der ostwestlichen Grenzlinie für nützlich. Dabei muß man sich nur darüber klar sein, daß Moskau mit dem Weg nach Belgrad ganz bestimmte Zwecke verfolgt.

Man sollte indessen dem jugoslawischen Partner dieses Aktes der Entspannung nicht von vornherein mit Mißtrauen begegnen. Tito selbst ist von Moskau so gebrannt worden, daß er dieses Feuer scheuen und nach einer Wiedereingliederung in den sowjetischen Machtblock kaum Verlangen haben dürfte.

Jedenfalls sehen wir, wie weit heute die Auflockerung der erstarrten Fronten reicht, die infolge der westlichen Politik der aktiven Solidarität in Bewegung geraten sind. Schwieriger jedoch, als die Bewegung auszulösen, wird es sein, sie in die feste Form endgültiger Lösungen der noch offenen Probleme münden zu lassen — des Deutschlandproblems vor allem. Das wird nur gelingen, wenn die westliche Solidarität gewahrt bleibt.

Berlin bleibt Treffpunkt

Berlin (DPA). Führende Politiker und Wissenschaftler haben auf der 6. Tagung für Gesamtdeutsche Fragen des Staatsbürgerinnen-Verbandes, die ein Bekenntnis zur Einheit Deutschlands darstellte, über die Situation in der Sowjetzone berichtet.

Dabei ist erneut deutlich geworden, daß Berlin für derartige Tagungen und Gespräche der geeignetste Treffpunkt ist.

Berlin (Eigenmeldung). Die Europa-Union hält im November dieses Jahres ihre Jahresversammlung erstmalig in Westberlin ab.

Einigung über die Saar

Verhandlungserfolge Dr. Adenauers

Paris (AP/DPA). Der Ministerrat der Westeuropäischen Union hat in Paris volle Einigung über die noch offenen Punkte des deutsch-französischen Saarabkommens erzielt. Auch die bisher zwischen Frankreich und der Bundesrepublik noch strittige Abgrenzung der Kompetenzen des Rats der Westeuropäischen Union und des Saarkommissars konnte geklärt werden.

Bonn (Eigenmeldung). Das Bundeskabinett und die Vorsitzenden der Regierungsfractionen haben nach einem zweiwöchigen Vortrag von Bundeskanzler Dr. Adenauer alle Ergebnisse seiner Pariser Verhandlungen einmütig gebilligt. Dies bezog sich auch, wie ein Regierungssprecher erklärte, auf die Abmachungen des Bundeskanzlers in der Saarfrage. Vizekanzler Blücher sprach Adenauer in der Sitzung den Glückwunsch der Minister zu den neuen außenpolitischen Erfolgen aus.

Die wichtigsten Punkte der Vereinbarungen über die Zuständigkeiten des Saarkommissars sind folgende:

1. Der Saarkommissar steht unter Kontrolle der Minister der westeuropäischen Union und hat über die Respektierung des Saarstatuts zu wachen. Während der Geltungsdauer des Statuts wird vollkommene politische Meinungsfreiheit garantiert. Politische Aktionen, die direkt oder indirekt die Grundlage des Saarstatuts in Frage stellen können, sind untersagt.

„Schlußpunkt unter Vergangenheit“

Feierliche NATO-Aufnahme der Bundesrepublik

Paris (Eigenbericht). „Schlußpunkt unter die Nachkriegszeit und Versöhnung zwischen Deutschland und den NATO-Staaten“, — das waren nicht nur die Worte, die in den Reden der 14 NATO-Außenminister bei der Aufnahme der Bundesrepublik immer wiederkehrten, das war auch der Eindruck, den die Anwesenden von dem historischen Akt daventrugen. Durch alle Reden klang die Hoffnung, daß die Zeit der Verhandlungen und der Entspannung gekommen sei.

Während des Festaktes im Palais Chaillot, das zum erstenmal mit den deutschen Farben geschmückt war, hißte bei strahlendem Sommerwetter auf dem Platz vor dem NATO-Hauptquartier ein französischer Sol-

dat die schwarz-rot-goldene Fahne der Bundesrepublik. Die Fahne wird in Zukunft, dem französischen Alphabet entsprechend (Allemagne) als erste der 15 Fahnen der NATO-Staaten an dieser Stelle wehen. Bei der Flaggenhissung spielte die Musikkapelle des Husaren-Regiments von Orleans die deutsche Nationalhymne.

2. Die saarländische Regierung muß „in dringenden und schwerwiegenden Fällen“ auf Ersuchen des Kommissars die Ausführung beanstandeter Maßnahmen unverzüglich suspendieren.

3. Personen oder Organisationen, die sich durch eine Entscheidung des Kommissars in ihren Grundrechten verletzt fühlen, können sich an die im Vertrag über die westeuropäische Union vorgesehene juristische Instanz wenden.

Patenschaft

Bonn (Eigenmeldung). Die Patenschaft über die Stadt Oppeln (Oberschlesien) übernimmt die provisorische Bundeshauptstadt Bonn am diesjährigen Pfingstfest.

Im Zeichen der Einheit

Worms (AP/DPA). Auf der abschließenden Kundgebung der vierten Tagung des Evangelischen Arbeitsausschusses der CDU in Worms, die ganz im Zeichen der Wiedervereinigung stand, hat Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier erklärt, in Zukunft müsse dafür gesorgt werden, daß die wiedergewonnene Freiheit der Bundesrepublik im Dienste der Wiedervereinigung Gesamtdeutschlands stehe, ohne die es keinen Frieden auf der Welt gebe.

In scharfen Worten wandte sich Bundesminister Dr. Tillmanns gegen die Feiern und Tanzveranstaltungen in der Sowjetzone anläßlich des 10. Jah-

restages der „furchtbaren Ereignisse des Einmarsches der russischen Armee“. Es sei ein Hohn und empörend, daß der kommunistische „Demokratische Frauenbund“ ein Preisausschreiben unter dem Motto „Mein schönstes Erlebnis am 8. Mai 1945“ veranstaltet.

Paris (AP/DPA). Der NATO-Rat hat auf seiner dreitägigen Konferenz in Paris die Weltlage umfassend erörtert und dabei die grundsätzliche Einigkeit der Gemeinschaft festgestellt, wie aus dem am Mittwoch veröffentlichten Schlußkommuniqué hervorgeht.

Es wird die Hoffnung ausgesprochen, daß die angestrebten Viermächte-Verhandlungen mit der Sowjetunion zu einer Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit beitragen und eine Vereinbarung über eine kontrollierte Abrüstung ermöglichen werden. Die Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO wird als ein Ereignis von großer Bedeutung besonders hervorgehoben.

Regierung in Hannover

Hannover (DPA). Die niedersächsische Regierungskoalition nach „Bonner Muster“ ist am Donnerstagabend in abschließenden Verhandlungen der vier beteiligten Parteien — CDU, DP, BHE und FDP — gebildet worden. Der neue Ministerpräsident ist Hellwege (DP).

Keine Abmachungen auf Kosten Deutschlands

Erklärung aus London — Moskaus Taktik

London (Eigenmeldung). Dem britischen Außenministerium nahestehende Kreise haben erklärt, der Westen würde nie einer Regelung der europäischen Sicherheitsfrage auf Kosten Deutschlands zustimmen. Man müsse jedoch darauf vorbereitet sein, daß Moskau, auch wenn es jetzt zu realistischen weiteren Verhandlungen bereit sein sollte, weiterhin alle Anstrengungen machen werde, um den Westen zu entzweien und vor allem einen Keil zwischen die Bundesrepublik und ihre neuen Alliierten zu treiben.

Die Rede Marschall Bulganin in Warschau und die sowjetischen Vorschläge im Londoner Abrüstungsausschuß, enthielten, so wurde weiter erklärt, interessante Hinweise auf die Taktik, die Moskau in Ost-West-Verhandlungen offenbar einschlagen wolle. Diese Taktik könnte darauf abgestellt sein, der öffentlichen Meinung in westlichen Ländern außerhalb Deutschlands einen Köder hinzuhalten und eine mögliche Beendigung des kalten Krieges in Aussicht zu stellen, vorausgesetzt, daß der Westen einer Regelung auf Kosten Deutschlands zustimmen würde.

Man verweist in London darauf, daß der Kreml in den letzten Wochen in fast allen internationalen Fragen Hoffnungen auf Konzessionen erweckt hat, daß seine Haltung in der deutschen Frage vorläufig aber unverändert zu sein scheine. Moskau habe beispielsweise nicht klaggestellt, ob es seine neuen Abrüstungsvorschläge aufrechterhalten würde, wenn seine Vorschläge über Deutschland — Abzug der Truppen und Aufgabe ausländischer Stützpunkte — nicht angenommen werden. Der Westen halte eine Trennung dieser beiden Fragen für unbedingt notwendig.

Wenn Moskau jedoch beide Fragen voneinander abhängig mache, dann könnte, so meint man in London, die kommunistische Propaganda ihren Ap-

pell an die öffentliche Meinung im Westen außerhalb Deutschlands auf folgender Linie entwickeln: „Ihr könnt Weltabrüstung haben und von aller Furcht befreit werden, wenn ihr unsere Bedingungen für die Zukunft Deutschlands annehmt.“

Nach dem sowjetischen Programm in seiner jetzigen Form würde Deutschland dann Objekt der Politik der Großmächte sein, nicht aber Herr seines eigenen Schicksals. Bereits auf der Ber-

liner Konferenz habe Molotow den Abzug der Truppen vor allgemeinen Wahlen gefordert. Heute wie damals seien die Westmächte der Ansicht, daß freie Wahlen der erste Schritt zu einer Lösung des Deutschlandproblems sein müßten und daß nur ein wiedervereinigtes Deutschland frei über seine Bündnisse entscheiden könne.

Moskau hatte seinen „Friedensplan“ vorgelegt unmittelbar nachdem die Westmächte die Sowjetunion zu Viermächteverhandlungen eingeladen hatten, dessen Hauptthemen die deutsche Frage, die Abrüstung und das europäische Sicherheitssystem sein sollen. Der sowjetische Ministerpräsident deutete an, seine Regierung werde die Einladung annehmen.

Österreich feiert seine Freiheit

Der Staatsvertrag ist unterzeichnet

Wien (AP/DPA). Der österreichische Staatsvertrag ist am Sonntag in Wien von den Außenministern unterzeichnet worden, nachdem in letzter Minute noch Einigung über den Artikel 35 erzielt wurde, der sich auf das ehemals deutsche Eigentum in Österreich bezieht.

Nach dem jetzigen Übereinkommen gehen alle von der Sowjetunion beschlagnahmten ehemaligen deutschen Vermögenswerte, vor allem die sogenannten USIA-Betriebe, die Erdölfelder und die Donaudampfschiffahrtsgesellschaft, in österreichischen Besitz über. Als Gegenleistung wird Österreich der Sowjetunion eine bestimmte Menge Waren und Öl liefern.

Der Staatsvertrag enthält jetzt noch 38 Artikel. Die Grenzen Österreichs sind identisch mit

denen vom 1. Januar 1938. Die Streitkräfte der Besatzungsmächte müssen Österreich 90 Tage nach Inkrafttreten des Vertrages verlassen.

Überall in Österreich bildete die Unterzeichnung den Auftakt zu großen Festlichkeiten, Fahnen flattern von den öffentlichen Gebäuden, die im übrigen nachts illuminiert werden. Die gesamte Bevölkerung wurde aufgefordert, ihre Häuser mit Girlanden zu schmücken. In das Glockengeläut des siebenhundertjährigen Wiener Stephansdomes fielen am Sonntagmittag alle Kirchen des Landes — von der Kathedrale bis zur kleinsten Bergkapelle — fünfzehn Minuten lang ein.

Jedes Orchester, das der Wiener Bürgermeister Jonas aufreiben konnte, spielte am Sonntagabend auf der berühmten Ringstraße. Den 15. Mai will man künftig in jedem Jahr als nationalen Feiertag begehen.

„Neuer Kurs“ im Bauen

Moskau (Eigenbericht). Der Chefarchitekt der Stadt Moskau, Wlasow, teilte der Öffentlichkeit mit, daß die sowjetische Regierung den Befehl gegeben habe, in Moskau keine Wolkenkratzer mehr zu bauen.

Darum ist die Anweisung ergangen, das schon hergestellte 46stöckige Stahlgerüst auf dem

Zariadié-Platz, in der Nähe des Kremles, bis auf 10 Stockwerke wieder zu demontieren. Außerdem wird der berühmte „Räte-Palast“, von dem seit zwanzig Jahren die Rede ist und der an die Stelle der in der Revolution zerstörten Erlöser-Kirche errichtet werden sollte, nicht gebaut werden.

14 Heimkehrer

Berlin (DPA). 14 Heimkehrer aus der Tschechoslowakei, die dort seit 1945 langjährige Haftstrafen verbüßten, sind am Sonnabend auf dem Grenzbahnhof Schirnding eingetroffen.

Glückwünsche für Dibelius

Zum 75. Geburtstag des Bischofs

Berlin (Eigenbericht). Aus aller Welt sind Bischof D. Dibelius, dem Vorsitzenden des Rates der Evangelischen Kirchen Deutschlands, zu seinem 75. Geburtstag herzliche Glückwünsche ausgesprochen worden.

Sein Name ist in allen evangelischen Kirchen der Welt bekannt. Allenthalben wirken seine mannhafte Persönlichkeit und sein fester Glaube sehr stark. So ist er denn auch 1954 auf der Versammlung der Kirchen der Welt in Evanston zum Mitglied des Präsidiums des Weltbundes der Kirchen gewählt worden. Daß bereits neun Jahre nach dem Kriegsende ein solches Amt an einen Deutschen gegeben wurde, ist ein Zeichen dafür, daß die deutsche Kirche wieder gleichberechtigt und voll in die Gemeinschaft der Kirchen der Welt aufgenommen ist. Und dies ist nicht zuletzt ein Verdienst von Bischof Dibelius.

Hinter seiner intensiven ökumenischen Arbeit steht der Gedanke: Die Christen der Welt gehören zusammen. Was er irgend tut kann, um diese Gemeinschaft zu fördern, das tut er.

Bischof Dibelius ist ein tapferer Prediger. Unerschrocken sagt er zum staatlichen und öffentlichen Leben, was das Evangelium will und was die Gebote Gottes fordern. Der Bischof ist in erster Linie Prediger des göttlichen Wortes. Daß er in der Berliner Marienkirche und überall, wo er predigt, eine ganz außergewöhnliche Zahl von Hörern unter seiner Kanzel sammelt, das liegt freilich nicht nur an seiner Tapferkeit, sondern auch an der Kraft seines Glaubens.

Bischof Dibelius ist als Sohn

eines Juristen in Berlin geboren. Er verbrachte in Berlin seine Jugend- und Studienjahre.

1907 wurde er als Pfarrer in Crossen an der Oder ordiniert, und 1910 ging er nach Danzig-Langfuhr. Von 1911 bis 1915 war er als Oberpfarrer in Lauenburg in Pommern tätig. Im Jahre 1915 wurde er an die Kirche zum Heilsbrunnen nach Berlin-Schöneberg berufen und 1921 zum nebenamtlichen Oberkonsistorialrat und Mitglied des Berliner Oberkirchenrates ernannt.

1925 wurde Dibelius zum Generalsuperintendenten der Kurmark berufen. Dieses Amt hatte er inne, bis ihn 1933 die nationalsozialistische Kirchenleitung zwangsweise in den Ruhestand versetzte. Dadurch wurde er

völlig frei für den Dienst der Bekennenden Kirche, den er auch nach dem Erlaß eines Rede- und Schreibverbotes wahrnahm. Mehrfach wurde er verhaftet und vor Gericht gestellt.

Im Mai 1945 übernahm er als der einzige noch legitim im Amt befindliche Generalsuperintendent die Kirchenleitung von Berlin-Brandenburg, die ihm die Amtsbezeichnung Bischof verlieh.

Bischof Dibelius ist an der Gründung der Evangelischen Kirche in Deutschland als dem Einigungswerk aller deutschen Landeskirchen verschiedener konfessioneller Prägungen von Anfang an führend beteiligt gewesen. Nach dem Rücktritt von Bischof Wurm wählte ihn die gesamtdeutsche Synode 1948 in Bethel zum Vorsitzenden des Rates der EKD.

Niemöller stellt Mitarbeit ein

Bethel (epd). Der Leiter des kirchlichen Außenamtes der EKD, Kirchenpräsident D. Niemöller, hat auf Grund der Vorgänge auf der Weimarer Generalsynode der Vereinigten Lutherischen Kirche Deutschlands seine Mitarbeit im Rat der EKD vorläufig eingestellt.

In einem Brief an Bischof Dibelius bezeichnet er die Kritik von Oberkirchenrat Hertrich am kirchlichen Außenamt als Grund für seinen Entschluß. Hertrich hatte auf der lutherischen Generalsynode in Weimar erklärt, das kirchliche Außenamt erfülle den seelsorgeischen, geistlichen und kirchlichen Dienst nicht so, wie er gefordert werden müsse. Niemöller verlangt eine Zurücknahme dieses Vorwurfs „in aller

Öffentlichkeit und in vollem Umfang“.

Bischof Lilje hat auf einer Pfarrertagung in Hannover die Absicht von Kirchenpräsident D. Niemöller, seine Mitarbeit im Rat der EKD vorläufig einzustellen, unsachlich genannt. Bei der Kritik am kirchlichen Außenamt gehe es nicht um die Person D. Niemöllers, sondern um ein rein sachliches Anliegen.

Auf der Weimarer Generalsynode war Ende April nach lebhafter Kritik an der Tätigkeit des kirchlichen Außenamtes beschlossen worden, beim Rat der EKD nachdrücklich auf eine Umbildung der Gesamtleitung des Außenamtes hinzuwirken. Dabei hieß es ausdrücklich, es gehe bei diesem Vorstoß nicht um die Person D. Niemöllers, sondern um sachliche Anliegen.

Hilfe aus Schweden

Köln (epd). 600 deutschen Bauern hat die schwedische Flüchtlingshilfe e. V., die von dem früheren schwedischen Gesandtschaftspfarrer in Berlin, Birger Forell, geleitet wird, in den letzten Jahren zu Haus und Hof verholfen.

Die schwedischen Bauernverbände haben dafür 700 000 Kronen aufgebracht. Forell, der seine Lebensaufgabe darin sieht,

deutsche Flüchtlingsbauern wieder selbsthaft zu machen, konnte neuerdings auch eine Reihe schwedischer Provinzialverbände für den Gedanken einer Sammlung zu dem gleichen Zweck bewegen. 60 000 Mitglieder des schwedischen Landfrauenverbandes haben sich außerdem bereit erklärt, Patenschaftshilfen für deutsche Bauern zu übernehmen.

Noch schneller

Frankfurt (DPA). Noch schneller als bisher wird vom 22. Mai an die Deutsche Bundesbahn ihre Fahrgäste zu den Reisezielen bringen. Der schnellste deutsche Zug, der Helvetia-Express, rast nach dem Sommerfahrplan mit einem Reisedurchschnitt von 93,1 km/st über die Gleise und bewältigt die 864 Kilometer lange Strecke von Hamburg nach Basel in 9 Stunden und 17 Minuten.

Tschechen werben um Sudetenländer

Die Deutschen im Ostblock — Am besten in Rumänien

Die Neugründung des Vereins der Auslandsdeutschen in München lenkt die Aufmerksamkeit auf das Schicksal der jenseits unserer Grenzen lebenden Landsleute. Am schwersten wurde das Deutschtum hinter dem Eisernen Vorhang von den Kriegswirren betroffen. Trotz Austreibung und Deportation blieben jedoch Reste der deutschen Volkstumsgruppen erhalten, die unter schweren Bedingungen ihre nationale Eigenständigkeit zu bewahren suchen.

Von den rund 700 000 Volksdeutschen in Südeuropa — etwa zwei Millionen lebten vor dem Krieg in diesem Raum — bilden die Donauschwaben des Banats und die Sachsen in Siebenbürgen mit rund 460 000 Volkstumsangehörigen noch die größte Gruppe. Es folgen die Volksdeutschen in Ungarn mit ungefähr 350 000 Seelen.

Die relativ größte Freiheit haben die deutschen Minderheiten in Rumänien, wenn man davon absehen will, daß auf den Bauernhöfen im Banat und in Siebenbürgen jetzt Zigeuner die Herren und die ehemaligen Besitzer die Knechte sind. Aber die deutsche Sprache darf wieder öffentlich gesprochen werden. Es erscheinen eine deutsche Tageszeitung und drei deutsche Zeitschriften, die allerdings volksdemokratisch redigiert werden. Ein deutsches Landestheater spielt wieder, und in den Volksschulen des Banats und Siebenbürgens wird in deutscher Sprache unterrichtet. Die Volksdeutschen haben ihre Vertretungen in regionalen und kommunalen Körperschaften; doch ist ihr Einfluß gering.

In Ungarn trifft man auf ähnliche Verhältnisse. Seit einem Jahr erscheint in der Pußta-Volksdemokratie zwar eine

deutsche Zeitung mit dem Titel „Freies Leben“; doch so frei ist das Leben der Volksdeutschen in Ungarn nicht, wenn es auch wieder 66 deutsche Schulen gibt. Eine kulturelle Autonomie besteht keinesfalls.

Die Tschechoslowakei bemüht

sich in den letzten Monaten intensiv um freundschaftliche Beziehungen zu den rund 200 000 Deutschen im Lande, die die Verfolgungen der ersten Nachkriegsjahre überstanden haben. Man hat deutsche Wanderbühnen und Turnerriegen gegründet, die jedoch allesamt im kommunistischen Sinne agitieren. Dennoch sollte man nicht vergessen, daß auch weit hinter dem Eisernen Vorhang trotz aller kommunistischen Propaganda immer noch deutsche Herzen schlagen.

„Volksentscheid“ mit Lebensmittelkarte

Wieder Betrug mit Unterschriftenlisten

Seit dem 24. April wird in der Zone eine neue Unterschriften-sammlung durchgeführt. Diesmal geht es um den sogenannten „Wiener Appell“, der über den kommunistischen „Weltfriedensrat“ die sowjetischen Atomvorschläge zu popularisieren sucht. Der sowjetzonale „Friedensrat“ hat sich verpflichtet, noch bis zum 20. Mai zehn Millionen Zustimmungserklärungen zu erlangen. Mit ihnen will eine 150köpfige ostzonale Delegation zum „Weltfriedenskongreß“ nach Helsinki fahren.

Unterdessen hat das „Initiativkomitee der Unterschriften-sammlung“ eine Zwischenwertung herausgegeben, die nach 14-tägigem Einsatz mit 7 Millionen Zustimmungserklärungen aufwarten kann. Wie aber wurde diese Zahl erreicht?

Den Bewohnern der Zone wurde mit der letzten Lebens-

mittelkarte zugleich ein Zettel vorgelegt, auf dem jeder unterschreiben sollte, daß er gegen jeden Atomkrieg sei. Die einen sahen keinen Grund, sich hier zu widersetzen, den anderen war diese neue Propagandawelle kein Risiko wert und sie schrieben, wenn auch wutentbrannt, ihren Namen auf den Zettel.

Wer seine Unterschrift verweigerte, wurde meist schon am nächsten Tag von SED, FDJ oder „Nationaler Front“ aufgesucht, die ihn als „irrenden Mitbürger“ oder — je nach Temperament der Weigerung — als „Ami-Agenten“ bezeichnet wissen wollten.

Obwohl die Altersgrenze diesmal bereits bei 14 Jahren lag, wurden sogar zwölfjährige Kinder in der Schule zur Unterschrift veranlaßt.

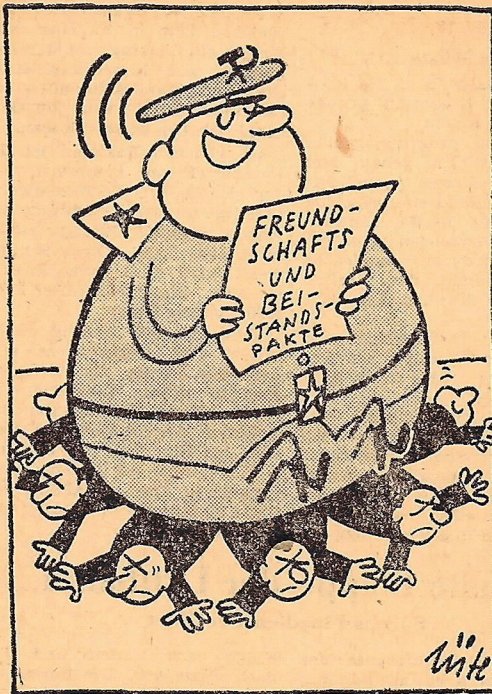
Wie aus dem „Friedensrat“ bekannt wurde, liegen die Kosten für diese neue Aktion bei zwölf Millionen DM. Welch sinnloser Aufwand für eine sinnlose Aktion. Als ob die Sowjets nach der Meinung der Zonenbevölkerung fragten, wenn es um das Problem der Atomkontrolle geht!

Gleichgültig, wieviel Unterschriften die SED mit ihrem Lebensmittelkarten-Trick zusammenbringt: Im Westen weiß man, daß die Unterschriften, die sich jetzt am Ostberliner Thälmannplatz zu stapeln beginnen, nichts anderes als „Lebensmittelkarten - Empfangsbescheinigungen“ sind.

Dörfliche Verhältnisse ...

Berlin (Eigenmeldung). Die „Visitenkarte der DDR für den Flugtag“ soll der Flugplatz Schönefeld bei Berlin sein, den die Sowjets erst kürzlich durch feierlichen Vertrag der „Deutschen Lufthansa“ der Sowjetzone überlassen haben. Aus der kommunistischen „Berliner Zeitung“ erfährt man jetzt, daß der Flugplatz ebenso kümmerlich ist wie die „Lufthansa ohne Flugzeug“ überhaupt. Seine Verhältnisse seien „dörflich“, meint das Blatt schlicht, aber deutlich.

Einen Zubringerdienst gibt es nicht, Ostberliner Taxen, die über die Zonengrenze nach Schönefeld fahren dürfen, sind selten. Reisende, die abends mit dem Zug auf dem Ostbahnhof eintreffen und morgens um 7.10 Uhr nach Moskau weiterfliegen wollen, müssen, wenn sie um 23.40 Uhr noch den letzten Bus in Grünau erreichen wollen, von der Haltestelle Flugplatz noch einen ganzen Kilometer zu Fuß auf der unbeleuchteten Chaussee laufen.



Die Warschauer Ostblock-Konferenz!

Zuchthaus für Rückkehrer

Ein Sowjetzonen-Flüchtling, der wieder freiwillig in die Zone zurückkehrte, ist von einem Gericht in Halle zu drei Jahren, sechs Monaten Zuchthaus verurteilt worden. Die Anklage lautete im Zusammenhang mit dem Juni-Aufstand 1953 auf „Staatsverleumdung“ und Verstoß gegen das Gesetz zum Schutze des Volkseigentums.

Vorbereitung für Jugendweihen

Mit den Vorbereitungen für die kommunistischen Jugendweihen im kommenden Jahr in der Sowjetzone wird bereits jetzt begonnen. Es ist geplant, die „Jugendstunden“, in denen die Schüler auf die Weihen ausgerichtet werden sollen, noch weiter auszubauen. An Komponisten und Autoren in der Zone ist sogar die Aufforderung ergangen, für die Jugendweihen ein Oratorium und einen neuen Begrüßungspruch zu schaffen.

500 Häftlinge amnestiert

Aus sowjetzonalen Zuchthäusern sind über 500 Häftlinge auf Grund einer Amnestie entlassen worden. Es handelt sich um ehemalige Angehörige der Wehrmacht oder Waffen-SS sowie Zivilinternierte, die von den Sowjets wegen angeblicher Kriegsverbrechen zu 10 bis 25 Jahren Freiheitsstrafen verurteilt worden waren. Die Sowjets hatten sie 1950 den sowjetzonalen Behörden zum weiteren Strafvollzug übergeben.

Georgier haben nichts zu lachen

Nach Stalins Tod in Ungnade gefallen

Seit Stalins Tod und Berijas Erschießung ist es in der Sowjetunion nur noch eine höchst zweifelhafte Empfehlung, ein Georgier zu sein. In keiner sowjetischen Bundesrepublik fanden seit 1953 so viele Säuberungsaktionen statt, wie gerade in Georgien.

Jetzt aber scheinen die neuen Moskauer Machthaber noch ein anderes Mittel gefunden zu haben, dieses bis vor kurzem so populäre Gebiet ihres Reiches ihren besonderen Unwillen spüren zu lassen: Im sowjetischen Staatsanzeiger „Wedomosti Werchowogo Soweta“ wurde ein Dekret veröffentlicht, nach dem eine georgische Provinz an die Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik (RSFSR), also an Innerrußland, abgetreten wird. Diese großrussische Annekterungsverordnung trägt das Datum 14. März

1955 und ist von Woroschilow unterzeichnet. Es handelt sich um das 1900 Quadratkilometer große Gebiet von Klukhori.

Bis 1944 gehörte Klukhori zur autonomen Provinz Karachay. Bei Kriegsende wurden deren 75 000 Einwohner wegen politischer Unzuverlässigkeit von den Sowjetbehörden aus ihrer Heimat in den Kaukasus deportiert, und die autonome Provinz verschwand von der sowjetischen Landkarte. Ihr nördlicher Teil kam zur BSFSR und der südliche mit Klukhori zu Georgien. Das arme Bergland brachte Georgien zwar kaum wirtschaftliche Vorteile, dafür wurde jedoch dem georgischen Nationalstolz durch diese Besitzweiterung sehr geschmeichelt.

Gerade hierauf legt man aber im Kreml heute keinerlei Wert mehr. So bildet die jetzt stillschweigend durch Veröffent-

lichung im sowjetischen Amtsblatt durchgeführte Annexion einer georgischen Provinz nur ein weiteres Zeichen dafür, daß die Georgier nicht länger als die bevorzugte Nation innerhalb der Sowjetunion angesehen werden, nachdem sie mit ihren beiden großen Söhnen, Stalin und Berija, ihre Hauptführer in der Moskauer Zentralregierung verloren haben.

Auch außerhalb. Georgiens fand in den letzten Jahren eine wohlorganisierte Jagd auf Georgier in hohen Regierungsstellen, besonders innerhalb der sowjetischen Geheimpolizei, statt, und heute findet man nur noch in ganz wenigen Sowjetbüros Georgier auf einflußreichen Posten.

Darüber hinaus interessiert sich Moskau plötzlich auch für gewisse nationale Minderheiten in Georgien und beginnt, diese Minoritäten gegen den „georgischen Großmacht-Chauvinismus“ zu verteidigen.

Krupp baut in Indien

Industriezentrum entsteht in der Wüste

Etwas 375 Kilometer westlich von Kalkutta, in einem der östlichen Gebiete des indischen Subkontinents, wird sich in wenigen Jahren ein „kleines Ruhrgebiet Indiens“ befinden mit Namen Bourkela. Und es ist die deutsche Firma Friedr. Krupp A.G. in Essen, die mit rund 200 deutschen Technikern, Ingenieuren und Facharbeitern all dies förmlich aus dem Boden stampft.

An einem glühend heißen Apriltag — das Thermometer zeigte morgens um 8 Uhr be-

bohrer fraßen sich in die knochentrockene Erde und gruben tiefe Löcher hinein.

Wenn alles programmgemäß verläuft, wird in genau drei Jahren aus diesem menschenleeren Wüstenland eine moderne Großstadt von 100 000 Einwohnern emporgewachsen sein. Ihr Zentrum wird ein modernes Stahlwerk bilden, das jährlich eine Million Tonnen Rohstahl produziert.

Die Großstadt Bourkela wird aus zwanzig Einzeldörfern bestehen, deren jedes etwa 5000 Menschen faßt.

Keine indische Zeitung vergaß, in spaltenlangen Artikeln über das Ereignis zu berichten. Sie wiesen vor allem darauf hin, daß dieses Krupp-Unternehmen nur eines von zahlreichen anderen in allen Teilen der

Welt ist. So wurde fast zur gleichen Zeit in Pakistan von Krupp ein Vertrag mit der Regierung zur Errichtung eines Stahlwerkes am Indus mit einer Gesamtkapazität von 250 000 t Stahl jährlich abgeschlossen.

Im gleichen Pakistan ist die Essener Firma zusammen mit der Hamburger Stülckenwerft beteiligt an der Errichtung des ersten eigenen Werftbetriebes in diesem Land. Diese Schiffswerft wird nach ihrer Fertigstellung Standardfrachter von 3000 Tonnen bauen.

Eine indische Zeitung unterstrich, daß allein diese eine deutsche Firma zur Zeit am Aufbau neuer Industrien in einem halben Dutzend Ländern zwischen Argentinien und Persien beteiligt ist. Sie erwähnt u. a. Verträge für Hafeneinrichtungen in Irak, Thailand und Chile, Gußwerke in Spanien und Griechenland.

Freunde in der SBZ, die unsere Aufklärungsarbeit unterstützen und ihre Meinung über den Inhalt äußern wollen, bitten wir, den Fundort dieses Blattes an das Postschloßfach Nr. 68 nach Berlin-Charlottenburg 9 mitzuteilen.

Zweite Etappe der Lufthansa

Europa-Flugdienst eröffnet

reits 32 Grad Celsius im Schatten — wurde das Startsignal zu einem der größten Bauvorhaben in Südostasien gegeben. An diesem heißen Aprilmorgen erwachte die leblose Wüste wie durch Zauberwort zu einer febrigen Aktivität. Bulldozer, schwere Krane und Preßluft-

Die Deutsche Lufthansa der Bundesrepublik hat am Sonntag mit einem Flug von Hamburg nach Madrid ihren europäischen Streckendienst eröffnet.

Der Europadienst der Lufthansa sieht täglich zwei Flüge nach London, wöchentlich zwei

Flüge nach Madrid und drei nach Paris vor. Die innerdeutschen Strecken werden im Rahmen des Europa-Flugplanes befliegen. Den Flugdienst nach Übersee von Hamburg nach New York eröffnet die Lufthansa am 8. Juni.

Operationen unter Fernsehkamera

Nach zweijähriger Bauzeit wurde in Berlin ein neues Operationshaus des Städtischen Frauenkrankenhauses seiner Bestimmung übergeben.

Um die Frauen so individuell wie möglich behandeln zu können, wurden im Erdgeschoß neben einem kleinen Kreißsaal noch Geburtengkabinen errichtet. In den großen Scheinwerfer über dem Operationstisch des Operationssaales wurde eine Fernsehkamera eingebaut, die schwierige Operationen in den

Hörsaal der Medizinstudenten übertragen soll.

Blinklichter zeigen dem Arzt an, wie lange er sich die Hände waschen muß, bis alle Bakterien abgetötet sind. Auch an die vielbeschäftigten Schwestern haben die Baumeister gedacht: trägt eine Schwester einmal in beiden Händen etwas, braucht sie nur mit dem Fuß auf einen Knopf zu treten, und schon öffnet sich automatisch das Glasschiebefenster vom Gang zum Operationsraum.

Filme im Amerika-Haus

Ständige kostenlose Filmvorführungen mit den neuesten Wochenschauen werden für Besucher aus dem Ostsektor Berlins und der Ostzone im Amerikahaus am Nollendorfplatz gezeigt. Täglich ab 13 Uhr in stünd-

licher Folge. Letzte Vorführung um 17 Uhr. Sonnabends Beginn um 14 Uhr; sonntags Beginn um 15 Uhr.

Jugendfilmstunde für Kinder aus dem Ostsektor und der Ostzone jeden Sonntag um 14 Uhr.

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin - Charlottenburg 9, Reichsstr. 4. Tel. 920231. Druck: W. Büxenstein, GmbH.